

Grundmann fordert Obergrenze für Wölfe

Schon morgen gibt es Testergebnisse nach dem möglichen Wolfsangriff auf einen Menschen bei Tarmstedt

LANDKREIS. Während der vermeintliche Wolfsbiss von Steinfeld bei Tarmstedt noch aufgeklärt wird, haben der Stader Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann und die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag eine klare Marschrichtung vorgegeben. Im Fraktionspapier „Wölfe in Deutschland – Sorgen ernst nehmen, Sicherheit schaffen, Bestände regulieren“ fordern die Abgeordneten die Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht und einen effektiven nationalen Wolfsmanagementplan.

Neben dem vielleicht ersten Angriff auf einen Menschen seit der Rückkehr des Wolfs nach Niedersachsen, hatte eine Attacke auf Heidschnucken in Bützfleth in der vergangenen Woche für Schlagzeilen gesorgt – das TAGEBLATT berichtete.

Oliver Grundmann hat diese Initiative durch seine parlamenta-

rischen Anfragen mit initiiert: „Die unregulierte Ausbreitung von Wolfsrudeln in Niedersachsen entwickelt sich zu einem echten Problem. Die Politik muss daher alles tun, um die Menschen zu schützen. Wir brauchen einen Schutzschirm gegen Wölfe“, so Grundmann. „Es braucht eine rückhaltlose Aufklärung dieses Angriffs. Sollte sich dies bewahrheiten, müssen die Wolfsbestände schnellstmöglich reguliert werden. Es braucht eine Wolfsobergrenze“, so Grundmann.

Grundmann traf sich dazu mit dem Vorsitzenden des Gesprächskreises Jagd, Fischerei und Natur, Henning Otte, sowie mit dem Berichterstatter für das Thema Wolf im Landwirtschaftsausschuss, Hermann Färber. „Ich bin mir mit meinen niedersächsischen Kollegen einig. Verhaltensauffällige Wölfe sind eine zunehmende Gefahr, auch für den Men-

schen“, so Otte. Auch Färber teilt diese Auffassung: „Auffällig gewordene Wölfe, die sich Menschen gefährlich annähern oder Weidezäune überwinden, müssen entnommen werden können.“ Entnommen werden steht dabei in der laufenden Diskussion für das Abschießen der Tiere.

Grundmann appellierte zudem an den Koalitionspartner: „Spätestens jetzt sollten auch die Sozialdemokraten verstanden haben, dass Wölfe keine Kuschtiere sind. Ich erwarte daher, dass die SPD der Regulierung von Wolfsbeständen nicht weiter im Weg steht.“

Eine Woche nach dem mutmaßlichen Wolfsbiss von Steinfeld naht die Stunde der Wahrheit. Voraussichtlich am morgigen Mittwoch werde das Ergebnis der DNA-Untersuchung vorliegen, heißt es aus dem Umweltministerium in Hannover. Falls es

tatsächlich ein Wolf war, der den 55-jährigen Gemeindemitarbeiter verletzt hat, könnte er zu einem Rudel gehören, das in der Gegend um Gnarrenburg lebt. Zwei Alttiere und deren sechs Nachkommen haben sich in der Moorregion angesiedelt. Das ist seit Monaten bekannt.

„Wenn es Wölfe waren, dann ist es am wahrscheinlichsten, dass es die aus Gnarrenburg sind“, heißt es aus dem Ministerium. Dieses will nun möglichst viel über das Rudel erfahren. „Die nehmen wir in den Blick.“ Dazu sollen unter anderem Wildkamaras aufgebaut werden. Auch die Unterstützung der Bevölkerung ist gefordert. So sollen in Steinfeld Bögen verteilt werden, in die die Bewohner frühere Wolfssichtungen eintragen können. Über Sichtungen in den zurückliegenden Monaten sei nichts bekannt, so eine Sprecherin. (bal/kw)